

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Sürchen, Baruth (Markt).
Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes.



Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigespaltene Reklamezeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Sürchen, Baruth (Markt).
Für Anzeigen an vorgezeichneten Tagen, ferner für unendlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 26

Dienstag, den 2. März

1926

Kundgebung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung zum Volkstrauertag.

In stiller Trauer gedenkt das deutsche Volk am heutigen Tage seiner Brüder, die in dem größten aller Kriege ihre Leben gaben für die Verteidigung der Heimat.

Für uns sind sie in den Tod gegangen. In den Gräbern unserer Gefallenen, die sich für uns alle opferten, soll die Zwietracht schweigen. Während steht vor uns das deutsche Leid, das heilige Opfer der im Kriege Gestorbenen, die Kämpfer, damit Deutschland lebe.

Aus dem Leid wächst immer des deutschen Volkes höchste Kraft. Wenn heute die Flaggen halbmast wehen, wenn große Scharen sich zu würdigen Gedächtnisfeiern still vereinen, soll der Entschluß in uns sich festigen, im Glauben an Deutschland das Wort zu verwirklichen:

„Nimmer wird das Reich zerfallen,
Wenn ihr einig seid und treu!“

Der Reichspräsident: von Hindenburg.
Die Reichsregierung: Dr. Lutzger.

Chamberlains politische Stellung schwer gefährdet.

London. In politischen Kreisen Englands wird infolge der Situation, die sich aus der Politik Chamberlains in der Vergebung der Ratsfrage ergeben hat, sein Prestige als sehr gefährdet betrachtet. Nach Locarno hätte er an erster Stelle unter den Staatsmännern Europas gestanden, doch jetzt haben gewisse Kreise ihre Ansicht dadurch, daß er sich in eine unmögliche Lage hineinzulassen ließ, geändert.

Die Frage der Ratsfragevergebung wird von Tag zu Tag komplizierter, und während es jetzt als fast sicher erscheint, daß die Mächte, die einen ständigen Ratsrat verlangten, ihre Ansprüche vorläufig verschoben haben, macht sich der Völkerbund durch den Wirrwarr zu einer Scheibe des Spottes aller Welt.

Außer den bekannten Staaten sind jetzt noch China, Jugoslawien und Griechenland unter die Förderer eines ständigen Ratsrates getreten und es verlautet, daß auch die Negerrepublik Haiti als ältester Staat hochkultivierter Neger nun berechtigt sei, einen ständigen Ratsrat im Völkerbund als Vertreter tausender unterdrückter afrikanischer Neger zu verlangen.

Spanien fordert auch einen Ratsrat.

Madrid. Der spanische Außenminister veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt, daß Spanien unter voller Anerkennung der Rechte Deutschlands am 8. März in Genf als Vertreterin von 17 Staaten spanischen Blutes einen ständigen Ratsrat fordern werde.

Auch China will in den Völkerbund.

London. Wie ein Londoner Blatt berichtet, haben die Vertreter Chinas in verschiedenen Städten Europas ihre Absicht kundgetan, daß, wenn außer Deutschland noch andere Staaten in den Völkerbund aufgenommen werden sollten, auch China die Absicht haben wird, die Zuweisung eines Ratsratssitzes zu beantragen.

Sparmaßnahmen vor dem Haushaltsausschuß des Reichstags.

Berlin. Im Haushaltsausschuß des Reichstages, in dem der Etat des Reichsfinanzministeriums weiter behandelt wurde, wurde folgender deutschnationaler Antrag zur Bewilligung der Verwaltung angenommen:

1. Die Höhe der Reichsausgaben ist in allen Verwaltungen herabzumindern, 2. die Reichspostkasse ist mit anderen Kassen zu vereinen, 3. die Kassen und Registraturen sind zu vereinfachen, 4. durch maschinelle Einrichtungen sind in allen Verwaltungen Vereinfachungen zu schaffen, 5. die Zahl der Dirigenten ist in den einzelnen Ministerien zu vermindern.

In der Spezialberatung erwies es sich, daß der Haushaltsausschuß größere Absätze am Etat des Reichsfinanzministeriums wünschte, als sie durch den Sparauschuß vorgelesen waren.

Winterfrawalle in Bernflaß.

Nach einer Meldung der „Königlichen Volkszeitung“ haben über 1000 Teilnehmer an einer Winterverammlung das Finanzamt in Bern-Lafel gestürmt. In wenigen Minuten waren sämtliche Fensteröffnungen des Gebäudes eingeworfen. Ein Teil der Winter drang in das Finanzamt ein und warf sämtliche Möbel, Schreibmaschinen, Utensilien usw. auf die Straße. Dort wurden die Gegenstände zu einem Haufen aufgeschichtet und angezündet. Hierauf zogen die Demonstranten zu der Finanzkasse, wo sich daselbst ein Mandat wiederholte. Mehrere Finanzbeamte wurden mißhandelt. Von der Finanzkasse zog der Trupp zum Zollamt, wo ebenfalls die Möbel und Utensilien auf die Straße geworfen und alles verbrannt wurde. Gendarmen und Polizei waren nachgezogen. Von auswärts wurden Gendarmen-Verstärkungen herangezogen.

Die Stellungnahme der sächsischen Regierung zur Fürstenabfindung. Auf die telegraphische Anfrage der Reichsregierung an die Landesregierungen wegen der Fürstenabfindung weist die Antwort der sächsischen Regierung darauf hin, die sächsische Regierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Auseinandersetzung mit dem vormaligen Königsfamilie in Sachsen erledigt sei. An diesen Vertrag sind beide Teile auf Grund des geltenden bürgerlichen Rechts gebunden.

Eine neue Hege Mussolinis gegen Deutschland.

Polen muß einen ständigen Völkerbundsratssitz haben.

Paris. Der Vertreter eines Pariser Blattes wurde von Mussolini empfangen, der ihm offenbar schriftliche Erklärungen überreichte, in denen er sich über die sogenannte Bedrohung durch das Deutschland aussprach.

Mussolini wies auf Kundgebung der letzten Tage in Deutschland hin, auf eine Kundgebung in Hamburg auf dem Kongreß republikanischer ehemaliger Frontkämpfer, auf dem Reichstagspräsident Brüder das Wort ergriffen habe (anscheinend meint er den Reichsbannentag). In Hamburg hätten die sogenannten Republikaner Resolutionsentwürfen der Wiederherstellung des germanischen Blocks, der Gruppierung alles dessen um Deutschland, was losgerißt sei, gefaßt. In Deutschland habe sich also nichts geändert. Es gebe Paraden in Deutschland, man bereite sich vor.

Mussolini wies auch auf die, wie er sich ausdrückte, zivile Luftfahrt hin und sprach von 24 Luftlinien, die angeblich in Berlin endeten. Auch auf den Eisenbahnen habe man bis jetzt die

Einrichtung einer Eisenbahnmiliz

verschwiegen. Sie bedeute lediglich, daß der Generallstab aufs neue die Hand auf die Eisenbahnen gelegt habe.

Mussolini erklärte weiter, er habe in Südtirol gesehen, daß dort alles deutsch gewesen sei, Beamte, Lehrer, Klerus, Eisenbahn und Post. Man habe nur deutsch gesprochen. Man habe Hymnen gesungen, deren Sänger in Rom verhaftet worden wären. Für eine Bevölkerung von 250 000 Menschen, Italiener eingerechnet, habe man 24 000 Feuerwehrlente gehabt. In Wirklichkeit seien alle diese Feuerwehrlente bewaffnet gewesen. In all das habe er nur gute Ordnung gebracht. Mussolini suchte seine Anordnungen in diesem Grenzgebiete zu rechtfertigen, auch daß jetzt der Unterricht im Italienischen obligatorisch sei und daß alle Post- und Eisenbahnbeamten Italiener seien. Tausend Familien ehemaliger Frontkämpfer würden dort hin gebracht, denen freiland zur Kultivierung zur Verfügung gestellt werden solle. Auch habe man in Mexan eine Stahlfabrik gegründet, um 400 weitere italienische Familien heranzuziehen, und in der Umgegend sei eine Zinkgrube, wo ebenfalls mehrere hundert italienische Familien beschäftigt würden. Der deutsche Block umfasse eben 80 Millionen Menschen.

Schließlich sprach sich Mussolini über die Beziehungen Frankreichs zu Italien aus, deren Interesse die gleichen seien, und die durch keine ernste Frage getrennt seien.

Für die Zuteilung eines ständigen Völkerbundsratssitzes an Polen

trete er ein, das habe er am letzten Sonnabend dem polnischen Gesandten erklärt. Polen müßte zugleich mit Deutschland eintreten und nicht später, denn Polen sei auch in Locarno gewesen.

Zum Schluß des Interviews spricht Mussolini über den Faschismus. Man könne die politische Auffassung des Faschismus vortrefflich oder verabscheuungswürdig finden; er suche sie außerhalb Italiens niemand aufzuzwingen, aber er glaube, daß sie gut sei.

Ein italienisch-jugoslawisches Bündnis gegen Deutschland.

Rom. Der jugoslawische Außenminister Rintschitsch, der sich zurzeit zu Besprechungen mit der italienischen Regierung in Rom befindet, erklärte in einem Gespräch:

Die europäische Politik habe eine einzige solide Basis, die den Frieden garantiere: die Friedensverträge. Der Vorschlag Österreichs an Deutschland sei zu den Friedensverträgen in schroffem Gegensatz. Wenn man einmal anfange, die Friedensverträge zu revidieren, wisse man nicht, wohin man kommen solle. Der schon bestehende Freundschaftsvertrag zwischen Italien und Jugoslawien könne erweitert werden auf Grund der Erfahrungen der letzten Zeit. Ein noch engeres Zusammenarbeiten sei schon in die Wege geleitet.

Rintschitsch erklärte ferner, Jugoslawien stehe der polnischen Forderung nach einem ständigen Ratsrat günstig gegenüber. Die italienische Presse begrüßt Rintschitsch nicht nur

als Außenminister des durch freundschaftliche Bande mit Italien verknüpften Jugoslawien, sondern auch als Sprecher der kleinen Entente. Da die Romreise unmittelbar nach der Konferenz der kleinen Entente erfolgt sei, scheine es, als ob Mussolini sein Mißtrauen gegen die kleine Entente aufgegeben und sich deren Zustimmung in Genf sichern wolle.

Briands Loblied auf Locarno.

Paris. Der französische Ministerpräsident erklärte im Laufe der Locarno-Debatte in der französischen Kammer, er wolle weder die Vorteile noch die Nachteile von Locarno verkennen. Man könne die Verträge in dem einen oder dem anderen Sinne auslegen, und man könne sagen, daß sie dem einen oder dem anderen Volk nützen. Der Locarnovertrag sei nicht in einem nationalen, sondern in einem europäischen Sinne abgeschlossen worden. Er habe an den schrecklichen Ereignissen des Krieges teilgenommen und habe seine Gruel gesehen. Er habe sich von diesem Tage an verpflichtet, daß, wenn der Sieg Frankreichs Anstrengungen kröne, er sein ganzes Leben für das Werk des Friedens opfern werde, um die

Rückkehr der Kriegsgrenze zu verhüten.

Das Beste im Verträge von Locarno sei, daß er einen kleinen Lichtschein werfe, der den Völkern Hoffnung bringe.

Briand ging dann auf die Einwände ein, die gegen den Locarnovertrag erhoben werden. Man habe gesagt, bevor die Maßnahmen des Vertrages einsehen würden, würde der Angreifer schon die Grenzen überschritten haben. Briand wies hierzu auf den letzten Zwischenfall zwischen Bulgarien und Griechenland hin. In zwei Tagen sei hier ein Krieg vermieden worden. Es sei die Möglichkeit gegeben, zu beraten, und das sei ungeschwer viel. Keineswegs seien die Bestimmungen des Vertrag von Locarno in ihrem Wert vermindert worden. Beimrühige man sich über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund? Frankreich werde Deutschland nicht verhindern, seine Rolle in der Welt zu spielen.

Zum Schluß erklärte Briand, er habe, ohne es zu beauern, die Verträge unterzeichnet, und er glaube, daß er dabei seine Pflicht als guter Franzose erfüllt habe. Man stehe in der

Morgenröte einer neuen Zeit.

Europa könne nicht in dem Zustand von heute bleiben. Die Völker müßten sich einander nähern und miteinander diskutieren. Frankreich verberge sich nichts, indem es an diesen Unterredungen teilnehme, die das Europa von morgen vorbereiten. Indem Frankreich die Verträge unterzeichne, bleibe es seiner selbst würdig.

Den Worten Briands folgte eine begeisterte Ovation auf fast allen Bänken der Kammer. Selbst die Rechte beteiligte sich an ihr. Verschiedene Abgeordnete verlangten den Anschluß der Rede.

Englands Besorgnis wegen der Vermehrung der Ratsratssitze.

London. Die überall in England empfundene Besorgnis wegen der geplanten Einräumung eines permanenten Sitzes im Völkerbund an Polen gleichzeitig mit Deutschland fand in einer Rede Lord Grey's, des früheren englischen Außenministers, ihren Ausdruck.

Lord Grey wies darauf hin, daß die britische, französische und deutsche Regierung nach Genf kommen sollten, ohne durch irgendwelche Erklärungen vorher gebunden zu sein. Der springende Punkt sei der, daß die Erörterungen wegen der Zulassung irgendeiner anderen Nation als permanenten Mitglieds im Völkerbund erst beginnen könne, nachdem Deutschland einen Sitz im Völkerbund erhalten habe, so daß Deutschland selbst Partei der Erörterung dieser Frage sein könne. Das Risiko, daß Deutschland seine Anwesenheit im Völkerbund nur für eigene Interessen ausnutzen könnte, müßte man auf sich nehmen. Der Vorschlag, Polen als Gegengewicht gegen Deutschland in den Völkerbund zu bringen, ziele darauf ab, die Deutschen zu einer derartigen Haltung zu ermutigen.

Eine Deputation des Völkerbunds Ausschusses des englischen Unterhauses machte dem Premierminister Baldwin in Mitteilung von der von dem Komitee empfundenen Besorgnis wegen der geplanten Vermehrung des Völkerbundsates. Die Tatsache, daß die Deputation alle drei politischen Parteien des Parlamentes vertritt, zeigt das allgemeine Interesse an dieser Frage. Chamberlain hat eine Einladung des Völkerbunds Ausschusses des Unterhauses für eine Sonder-sitzung angenommen, wo die ganze Frage besprochen werden soll.

Auch Litauen gegen Erweiterung des Völkerbundes.

Konno. Die litauische Regierung hat eine Note nach Genf geschickt, in der sie gegen die Erweiterung des Völkerbundsates über Deutschland hinaus protestiert.